

## Medienmitteilung der SP Kanton Zug zum Ausserordentlichen Parteitag vom Montag, 25. August 2008

### Integrationspolitik als Top-Priorität der Zuger SP

*Die Zuger SP hat ein umfassendes Positionspapier zur Integrationspolitik verabschiedet. SP-Nationalrat Andy Tschümperlin (Schwyz), Leiter der Zuger Integrationsschule, und Grossstadträtin Ylfete Fanaj (Luzern) lobten die zentralschweizerische Pionierleistung der Zuger Sozialdemokraten. Und der Hünenberger Kantonsrat Hubert Schuler verspricht sich vom neuen Positionspapier eine Stütze bei der Erarbeitung des Zuger Integrationsgesetzes.*

„Die Integrationspolitik ist für uns kein Wahlschlager, sondern eine Kern- und Daueraufgabe sozialdemokratischer Politik!“, machte SP-Präsidentin Barbara Gysel von Anfang an klar: Auf ihre Anregung geht denn auch die Erarbeitung dieses ersten von mehreren geplanten Positionspapieren der Zuger SP zurück. Stolze dreissig Seiten weist das Dokument auf, das die Geschäftsleitung den Mitgliedern der SP Kanton Zug vorlegte. Das Positions- und Grundlagenpapier mit dem Titel „Migration, Integration und interkulturelles Zusammenleben als gesellschaftliche Handlungsfelder“ besteht aus einer kürzeren und aus einer ausführlichen Fassung mit über hundert einzelnen Vorschlägen und Forderungen. Integration und interkulturelles Zusammenleben geschehe vor Ort, hielt die SP-Präsidentin fest. Schon deshalb sei die Integrationspolitik ein lokales und kantonales Anliegen. Der Bund rufe die Kantone im neuen Ausländergesetz zudem ausdrücklich zur Integrationsförderung auf. „Damit wird auch an die kantonalen Parteien appelliert“, folgerte Gysel und stellte fest: „Das hat die SP Kanton Zug begriffen, die dem Kanton Zug auch zu einem Integrationsgesetz verhilft.“ Für die Zuger Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten soll Integration nicht nur national, sondern auch kantonal zur Top-Priorität werden.

#### Programm mit über 100 Punkten

Das Positionspapier der SP Zug ist in sechs Teile gegliedert. Sie enthalten Ausführungen zu Zielen und Zielgruppen einer kantonalen Integrationspolitik, zur Herstellung „gleicher Ausgangschancen“ punkto Sprache, Schulbildung, Qualifizierung und Anerkennung von Diplomen und zur Schaffung eines „gleichen Zugangs“ zum Arbeits- und Wohnungsmarkt und zur Gesundheitsversorgung. Barbara Gysel formulierte einen prägnanten Vergleich: „Der Integrationsförderung soll die gleiche Wertschätzung zukommen wie der Ansiedlung von ausländischen Kadern im Rahmen von so genannten Relocationprogrammen. Die Volkswirtschaftsdirektion lässt sich hoch qualifizierte Expats etwas kosten und niemand jammert darüber. Investieren wir doch mit der gleichen Selbstverständlichkeit in die Qualifizierung und in eine optimale Ausgangslage der übrigen Migranten!“ Ein weiteres Kapitel des Papiers fordert „gleiche Rechte und Verantwortungen“ für Einheimische und Zugezogene, wozu unter anderem die religiöse Tole-

ranz, der Schutz vor Rassismus, aber auch die Prävention von Zwangsheirat und Gewaltdelikten gehören. Schliesslich erlässt das Positionspapier einen Aufruf zu „gleicher Teilhabe“ in Politik und im Vereinsleben und fordert ein Zuger Integrationsleitbild.

### **Lob aus Schwyz und Luzern**

Der in Zug geborene Schwyzer SP-Nationalrat Andy Tschümperlin, Leiter der Zuger Integrations-Brücken-Angebote und der Fachkommission Integration und Migration der SP Schweiz, wies in seinem Referat auf positive integrationspolitische Signale aus Bern hin. Die aktuellen Von-Wattenwyl-Gespräche hätten hoffnungsvolle Anhaltspunkte für eine Zusammenarbeit der drei Bundesratsparteien CVP, FDP und SP in der Integrationspolitik vermittelt. So gab sich Tschümperlin optimistisch, dass durch diese parteienübergreifende Kooperation ein nationales Integrationsgesetz zustande komme. Das Positionspapier der Zuger SP findet der Schwyzer Nationalrat „irrsinnig gut“. Diesem Lob schloss sich auch der Luzerner SP-Grossrat Lathan Suntharalingam an. „Für uns ist dieses Papier ein Vorbild. Wir wollen das auch für Luzern“, kündigte der Kantonsparlamentarier an. Seine Parteikollegin Ylfete Fanaj sparte in ihrem Referat nicht mit deutlichen Worten: „In der Legislative und Exekutive tragen SVPLer die Integrationspolitik des Bundes oft mit. Aber parteipolitisch gilt halt: möglichst fest draufhauen. Mit ihrer Anti-Einbürgerungsinitiative und ihrer Anti-Minarett-Initiative fördern die Rechtspopulisten aber die Nichtintegration. Damit ist öffentliche Unsicherheit nicht nur vorprogrammiert, sondern sogar überfällig!“, stellte die Luzerner SP-Grossstadträtin mit kosovarischen Wurzeln klar.

In der Diskussion erwähnte der Hünenberger SP-Kantonsrat Hubert Schuler, dass bedürftige Personen von ausserhalb der EU/EFTA heute keine ausserordentlichen Ergänzungsleistungen erhalten würden. „Das ist klar diskriminierend“, stellte der Leiter des Baarer Sozialamts fest und bezeichnete das Positionspapier als wertvolle Hilfe für die Erarbeitung des Zuger Integrationsgesetzes.

Die Mitglieder verabschiedeten das um Schulers Forderung ergänzte SP-Integrationspapier einstimmig. Eine alljährliche Aktualisierung ist geplant, selbstverständlich unter Mitwirkung von Migrantinnen und Migranten innerhalb wie ausserhalb der Zuger SP.

Für detaillierte Informationen steht Ihnen zur Verfügung:

Barbara Gysel, Präsidentin SP Kanton Zug

Mail [bgysel@gmail.com](mailto:bgysel@gmail.com) / Tel. 078 710 98 88